Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2018-04-24

Dezernat: III / Fachdienst
Verkehrsmanagement
Bearbeiter/in: Frau Grotelüschen
Telefon: 545 - 2060

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01397/2018

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Finanzen
Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr
Ortsbeirat Görries
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Straßenausbaumaßnahme Rogahner Straße - Ergänzungssatzung und
Ablösevereinbarungen

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtvertretung beschließt gemäß § 5 Kommunalverfassung M-V und §§ 1, 2 und 8 Kommunalabgabengesetz M-V die Satzung über die Ergänzung der Ausbaubeitragssatzung in Bezug auf die Baumaßnahme Rogahner Straße (Ergänzungssatzung Rogahner Straße) in Form der beigefügten Anlage 2.
2. Die Stadtvertretung stimmt dem Abschluss von Ablösevereinbarungen gemäß beigefügtem Muster in Anlage 3 zu.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Der grundhafte Ausbau der Rogahner Straße soll in diesem Jahr mit dem 1. Bauabschnitt im Bereich zwischen Knotenpunkt östliche Auffahrt zur Ortsumgehung L 072 und dem Schulzenweg beginnen. Die Maßnahmen im 2. Bauabschnitt zwischen Schulzenweg und Kreuzung Ostorfer Ufer sind dann ab dem Jahr 2019 vorgesehen.

Nach § 8 Absatz 1 des Kommunalabgabengesetzes sind zur Deckung des Aufwandes für die Anschaffung, Herstellung, Verbesserung, Erweiterung, Erneuerung und den Umbau der notwendigen öffentlichen Straßen, Wege und Plätze Straßenbaubeiträge zu erheben. Die beitragsrechtliche Anlage Rogahner Straße, die sich nach geltendem Recht aus ihrer natürlichen Betrachtung definiert, erstreckt sich von der Kreuzung Ostorfer Ufer bis zum

Knotenpunkt Handelsstraße (westliche Auffahrt zur Ortsumgehung L 072).

Da in dem Bereich zwischen den Auffahrten zur Umgehungsstraße an den Teileinrichtungen Geh-/Radweg, Straßenbeleuchtung und unselbstständiges Grün keine Maßnahmen geplant sind, wird sich die Beitragspflicht auf die mit Abschluss der Bau- und Instandsetzungsmaßnahmen fertig gestellten Teileinrichtungen Fahrbahn und Entwässerung beschränken.

1.1 Ergänzungssatzung Rogahner Straße

Ausbaubeitragspflichtig sind grundsätzlich die anliegenden Grundstücke. Das an die Rogahner Straße angrenzende Schienengelände der Deutschen Bahn ist jedoch als eigenständige Erschließungsanlage von einer Beitragspflicht ausgenommen. Aufgrund dieses Umstandes des über eine weite Strecke straßenbegleitenden Bahndammes ist für die Rogahner Straße eine spezielle Besonderheit festzustellen, der beitragsrechtlich Rechnung getragen werden soll.

Vor dem Hintergrund des Beschlusses der Stadtvertretung vom 17.7.2017 (TOP 13 zu DS: 01109/2017) war mit Drucksache Nr. 01109/2017/PE am 18.9.2017 darüber informiert worden, dass ein externes Rechtsgutachten erstellt werden sollte, um eine rechtssichere Grundlage für eine Neufassung der Straßenausbaubeitragsatzung zu schaffen. Dabei sollte insbesondere die Frage der sachgerechten Straßenkategorien vor dem Hintergrund anderer Einkategorisierung von Straßen wie zum Beispiel in der Hansestadt Wismar untersucht werden, weiterhin die Frage der sogenannten Einhüftigkeit und ihrer Berücksichtigung betrachtet werden, die sogenannten Sonderlasten wie zum Beispiel die touristische Bedeutung oder denkmalpflegerische Ausgestaltung einer Straße und letztlich die Beachtung von Aufwendungen im Ausbau einer Straße, die durch nebenliegende Bahndammanlagen ausgelöst werden. Auch die Beteiligungsmöglichkeiten für die betroffenen Grundstückseigentümer wurden zum Gegenstand der Betrachtung aufgegeben.

Das Gutachten von Herrn Prof. Dr. Arndt, Kanzlei Weissleder und Ewer, Kiel, liegt mittlerweile vor und wurde den Fraktionen der Stadtvertretung und interessierten Kreisen der Öffentlichkeit im Februar 2018 zur Kenntnis gegeben.

Das Gutachten zeigt, dass die Ausbaubeitragsatzung der Landeshauptstadt Schwerin in ihrer gegenwärtigen Form rechtssicher und praktikabel ist. Es soll daher den Empfehlungen von Prof. Dr. Arndt gefolgt und die Ausbaubeitragsatzung nicht geändert werden. In dem Rechtsgutachten beschriebene Ergänzungen des städtischen Beitragsrechts wie beispielsweise eine Kappungsgrenze für besonders hohe Ausbaubeiträge, die den Verkehrswert eines Grundstücks überschreiten, werden in den konkreten Einzelfällen Berücksichtigung finden.

Für atypische Fälle einzelner Straßen zeigt das Gutachten Möglichkeiten auf, Sondersatzungen für die Beitragserhebung zu erlassen. Unter den gegenwärtig vorbereiteten Baumaßnahmen haben diese Ausführungen praktische Bedeutung für das Vorhaben Rogahner Straße. Entsprechend der gutachterlichen Stellungnahme kann die wegen der Lage der Trasse der Deutschen Bahn spezielle Besonderheit der Straße den Erlass einer Sondersatzung rechtfertigen.

Nach Prüfung der in dem Gutachten aufgezeigten Möglichkeiten ist folgende Feststellung zu treffen:

Als praktikable Möglichkeit einer Billigkeitsregelung stellt sich eine Gegenüberstellung der Straßenfrontmeterlängen der Grundstücke dar:

Die Länge der Straßenfrontmeter der beitragsrechtlichen Anlage Rogahner Straße beträgt 3.698 m. Davon liegt der Bahndamm auf einer Strecke von 820 m direkt an der Rogahner

Straße an, folglich zu einem Anteil von 22,17 %. Um diesen Anteil könnten die Beiträge bei jedem Grundstück ermäßigt werden.

Dem entsprechend soll die in der Anlage 2 beigefügte „Ergänzungssatzung Rogahner Straße“ erlassen werden.

Der finanzielle Anteil, der dann für die Teileinrichtungen Fahrbahn und Straßenregentwässerung nicht erhoben würde, beläuft sich auf 192.607,84 € (Ermittlung siehe nachfolgend unter 1.2).

1.2 Ablösevereinbarung:

Gemäß § 7 Absatz 5 Kommunalabgabengesetz M-V kann die Kommune Bestimmungen über die Ablösung des Beitrages im Ganzen vor Entstehen der sachlichen Beitragspflicht treffen. Entsprechend regelt § 12 der Ausbaubeitragsatzung der Landeshauptstadt Schwerin, dass der Ausbaubeitrag abgelöst werden kann. Der Ablösungsbetrag bemisst sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe der Ausbaubeitragsatzung zu ermittelnden Beitrages.

Die Zahlung auf einen wirksamen Ablösevertrag tilgt gleichsam im Vorwege die ansonsten entstehende Beitragspflicht. Sie nimmt einerseits dem jeweiligen Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten die Möglichkeit, später – im Hinblick auf die Höhe der anderenfalls entstehende Beitragspflicht – eine Überzahlung erstattet zu bekommen, und andererseits der Gemeinde das Recht zur Erhebung einer Nachforderung.

Etwas anderes gilt nur dann, wenn einem Grundeigentümer oder der Gemeinde ein Festhalten an dem vereinbarten Ablösungsbetrag angesichts der Höhe des ohne die Ablösung auf das Grundstück entfallenden Beitrages nicht zuzumuten ist (Wegfall der Geschäftsgrundlage). Das dürfte insbesondere dann der Fall sein, wenn die landesgesetzlich bestehende Beitragserhebungspflicht vor Eintritt der sachlichen Beitragspflicht gänzlich aufgehoben würde. Die Ablösevereinbarungen sollen in diesem Fall die Rückabwicklung, d. h. die Rückzahlung der Ablösebeträge vorsehen.

Grundlage für die Ermittlung und die Festsetzung des Ablösebetrages in Bezug auf die Erschließungsanlage Rogahner Straße sind die voraussichtlichen Herstellungskosten entsprechend der Kostenberechnungen des Ingenieurbüros INROS LACKNER aus Mai 2017 mit Konkretisierungen in März 2018.

Der prognostizierte Gesamtaufwand der Baumaßnahmen wird sich danach auf 7.226.214,04 € belaufen.

Gegenüber der ersten Kostenberechnung aus Mai 2017 (rd. 5,188 Mio. € zzgl. 10% Baunebenkosten = rd. 5,7 Mio. €) wurden dabei unter anderem zusätzliche Kosten der Deckenerneuerung im 1. Bauabschnitt (rd. 113 T€), für den Knotenpunktbau B 321 (rd. 130 T€), für Kompensationsmaßnahmen (rd. 100 T€), für Dükerungen der Versorgungsleitungen (rd. 200 T€) und für Baunebenkosten (Beweissicherungen, Baustellensicherung etc., 880 T€) berücksichtigt.

Der auf die einzelnen Teileinrichtungen entfallende umlagefähige Aufwand wurde wie folgt ermittelt:

Fahrbahn (20%)	385.309,03 €
Gehwege (65%)	746.242,41 €
Radwege (25%)	7.629,97 €
kombinierte Geh- und Radwege (45%)	69.000,49 €
unselbstständige Grünanlagen (65%)	110.044,53 €
Beleuchtungseinrichtungen (65%)	110.932,69 €
Entwässerungseinrichtungen (65%)	483.467,86 €

Für die – die Ablösevereinbarungen betreffenden – Teileinrichtungen Fahrbahn und Entwässerung beläuft sich die

Umlagesumme auf	868.776,89 €,
abzüglich eines Anteils von 22,17%	
gemäß Ergänzungssatzung (Punkt 1.1)	192.607,84 €
verbleiben	676.169,05 €,
wovon auf 10 städtische Grundstücke	267.318,04 €
und auf 35 nicht-städtische Grundstücke	408.851,01 €

entfallen.

Entsprechend den voran gegangenen Ausführungen zu den Grundzügen von Ablösevereinbarungen können spätere Mehr- oder Minderkosten - grundsätzlich - keine Berücksichtigung mehr finden. Da die endgültigen Kosten der Baumaßnahmen nicht vorhergesagt werden können, kann das bestehende finanzielle Risiko nicht dargestellt werden. Zum bestehenden Risiko sind allerdings folgende Feststellungen zu treffen:

Die der Ermittlung der Ablösebeträge zugrunde liegenden voraussichtlichen Herstellungskosten der Straße ergeben sich aus der Kostenberechnung der Entwurfsplanung vom Mai 2017 und den im Zuge der Ausschreibung für die Bauausführung des 1. Bauabschnitts konkretisierten notwendigen Leistungen und Kosten. Nachprüfbar aktuellere voraussichtliche Herstellungskosten hätten sich allein aus der einzelpreisbezogenen Aktualisierung der Kostenberechnung ergeben können. Eine in dieser Weise aktualisierte Kostenberechnung liegt nicht vor. Sie zu erstellen, hätte hohen Zeitaufwand erfordert, der beim planenden Ingenieurbüro allerdings zu Konflikten mit den Arbeiten zur Vorbereitung und Ausschreibung des ersten Bauabschnittes geführt hätte. Auf die Aktualisierung musste daher verzichtet werden. Dadurch muss damit gerechnet werden, dass die Baumaßnahme insgesamt höhere Kosten erzeugen wird, als die ermittelten voraussichtlichen Herstellungskosten, die Grundlage der Ablöseberechnung sind, das ausweisen.

Die Ablösevereinbarungen wären unmittelbar nach Beschlussfassung der Stadtvertretung zu schließen: Aufgrund der rechtlichen Bestimmungen, dass sich der Ablösungsbetrag nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe der Ausbaubeitragssatzung zu ermittelnden Beitrages bemisst, wäre andernfalls die dem jetzigen Stand zugrunde liegende Beitragsermittlung mit fortschreitender Konkretisierung der Kosten der Baumaßnahme zu aktualisieren und eine erneute Gremienvorlage erforderlich.

Mit dem Abschluss der Ablösevereinbarungen sollen auch Ratenzahlungen zugelassen werden, wobei die Zeiträume so zu bemessen sein werden, dass die jeweils letzte Rate vor Entstehung der sachlichen Beitragspflicht gezahlt wird.

Dem entsprechend sollen Ablösevereinbarungen gemäß dem in der Anlage 3 beigefügten Muster abgeschlossen werden.

Nach dem derzeitigen Sachstand kann nicht davon ausgegangen werden, dass Ablösevereinbarungen mit allen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern geschlossen werden.

Für die Grundstücke, bei denen der künftige Beitrag nicht aufgrund einer Ablösevereinbarung abgelöst wird, wird die gesetzlich vorgeschriebene Beitragserhebung nach Eintritt der sachlichen Beitragspflicht im üblichen Verfahren durchzuführen sein.

1.3 Bauerlaubnis und sonstige Vereinbarungen

Die Durchführung der Straßenbaumaßnahme erfordert die zeitweise oder dauerhafte Inanspruchnahme von Teilflächen einiger Anliegergrundstücke. So muss im Bereich eines Anliegergrundstücks eine Anlage zur Reinigung des bei Niederschlägen auf der Straße anfallenden Oberflächenwassers hergestellt werden. Auf einem weiteren Grundstück erfordert die Herstellung des geplanten Straßenquerschnitts die Fällung von Bäumen und die Inanspruchnahme einer Teilfläche des Grundstücks zur Herstellung einer Stützwand. Ein Anliegergrundstück erstreckt sich auf Flächen, die bereits spätestens seit dem Inkrafttreten des Straßen- und Wegegesetzes öffentliche Verkehrsflächen sind. Im Zuge der Straßenbaumaßnahme müssen aber die Rechtsverhältnisse an diesen Straßenflächen geklärt werden. Auf weiteren Grundstücken lässt sich die Straße auf Grund der topografischen Gegebenheiten nicht ohne zeitweise Inanspruchnahme von Grundstücksteilflächen der Anlieger herstellen. Alle diese Eingriffe in die Rechte der Anlieger sind zur Herstellung der den rechtlichen und technischen Anforderungen entsprechenden Straße unvermeidbar. Neben den Ablösevereinbarungen beabsichtigt die Verwaltung deshalb, in gesonderten Verträgen mit betroffenen Anliegern Regelungen zur Gewährung der Bauerlaubnis zu treffen, die die Zustimmung der Anlieger zu den o.g. Punkten enthalten. Diese Bauerlaubnisse sollen durch die Anlieger zeitlich vor dem Abschluss der Ablösevereinbarungen eingeräumt werden.

Einige Anlieger nutzen an ihren Grundstückseinfriedungen angebrachte Plakate zur Äußerung ihrer Meinung über die Art und Qualität der Vorbereitung der Straßenbaumaßnahme durch die Verwaltung. Die Äußerungen sind allerdings geeignet, die Arbeit der Verwaltung zu diskreditieren, obwohl sachliche Gründe dafür nicht bestehen. Die Verwaltung beabsichtigt daher, die Entfernung dieser Plakate als Vorleistung des Abschlusses der Ablösevereinbarungen zu verlangen.

Die Mitglieder des Vereins Rogahner Straße e. V. haben ihre Zustimmung zu der Ablösevereinbarung von der Erfüllung der nachfolgend genannten Forderungen abhängig gemacht. Entsprechende Regelungen sollen allerdings nicht in die Ablösevereinbarungen aufgenommen werden. Die Ablösevereinbarungen haben ausschließlich der Umsetzung der in § 12 der Ausbaubeitragssatzung der Landeshauptstadt Schwerin geregelten Möglichkeit der Ablösung von Straßenausbaubeiträgen zu dienen. Zu diesen Forderungen können aber Regelungen auch nicht in gesonderten Verträgen getroffen werden. Die Begründung dafür ist der jeweiligen Forderung in der Klammer beigefügt:

- a) *Für alle zusätzlich neu errichteten und angelegten Geh-/ Radwege übernehmen die Anlieger keine Unterhaltsverpflichtung und keine Verpflichtung zur Reinigung einschließlich der Schneeberäumung, die Anlieger sind von den Unterhaltungskosten wie Reinigung usw. ausdrücklich auf Dauer befreit.*
(Die Unterhaltungspflicht verbleibt ohnehin bei der Landeshauptstadt Schwerin als Straßenbaulastträgerin.
Straßenreinigung und Winterdienst sind nach §§ 3 und 4 Straßenreinigungssatzung auf die Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten usw. übertragen und von diesen zu leisten.)
- b) *Auch nach der Fertigstellung der Straßenausbaumaßnahmen bleibt aus Lärmschutzgründen der bisherige geschwindigkeitsbeschränkte Bereich, mithin die 30 km/h-Zone, bestehen und erweitert sich zusätzlich auf den Bereich der S-Kurven im stadtauswärts führenden Bereich der Rogahner Straße im Bereich der Gärten bis hinter das Grundstück des Anliegers Kirchhoff.*
(Der Immissionsschutz wurde begutachtet und im gesetzlichen Rahmen auch für 50km/h gewährleistet. Über Geschwindigkeiten entscheiden die Verkehrsbehörden, in der S-Kurve prüft diese Behörde die 30km/h-Begrenzung auf Basis des

Sicherheitsaudits.)

- c) *Die Stadt verpflichtet sich, geeignete Lärmschutzmaßnahmen zum Ausgleich der Baumfällungen und sonstiger Beseitigung von Anpflanzungen in diesen Bereichen sicherzustellen.*
(Baumfällungen u. Ä. werden auf Basis der gesetzlich vorgeschriebenen Anforderungen zum naturschutzrechtlichen Ausgleich kompensiert.)
- d) *Die Stadt verpflichtet sich, für die gesamte Dauer der Baumaßnahme die uneingeschränkte Möglichkeit der Erreichbarkeit und Befahrbarkeit der Grundstücke, insbesondere auch Zulieferer bei gewerblicher Grundstücksnutzung sicherzustellen.*
(Die Befahrbarkeit der Grundstücke wird – wie bei allen Straßenbaumaßnahmen – im Rahmen des Baustellengeschäfts in Abstimmung mit der Baufirma grundsätzlich sichergestellt. Es liegt allerdings in der Natur einer Straßenbaumaßnahme, dass für Anlieger Beeinträchtigungen entstehen, die nicht vermeidbar sind. Unvermeidbare Beeinträchtigungen müssen hingenommen werden.)
- e) *Durch die Stadt soll der Nachweis geführt werden, ob und wenn ja, welcher Einfluss auf die Bahn geltend gemacht wurde zur Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit im Bereich der Anlieger.*
(Zur Einflussnahme der Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit der Deutschen Bahn ist festzustellen, dass die Kommunen diesbezüglich über keinerlei Kompetenzen verfügen. Zum Antrag Drucksache Nr. 01383/2018 wurde auch bereits erläutert, dass für bestehende Schienenverkehrswege kein Rechtsanspruch auf Lärmschutzmaßnahmen besteht. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn wurde ein Gesamtkonzept im Rahmen eines freiwilligen Lärmsanierungsprogramms erarbeitet, allerdings werden die Erfolgsaussichten für die Errichtung einer Lärmschutzwand eher als gering eingeschätzt.)
- f) *Von Seiten des Anliegervereins wurde um Prüfung gebeten, inwieweit die Stadt Schwerin bereits ist, die durch die rechtliche Beratung bei den Anliegern entstehenden Anwaltskosten ganz oder teilweise zu übernehmen.*
(Eine Übernahme der Honorarkosten kann nicht erfolgen, da der Rechtsbeistand die Interessen der Anlieger und nicht die der Stadt vertritt.)

2. Notwendigkeit

3. Alternativen

3.1 Grundsätzliche Beitragserhebung:

Erhebung von Ausbaubeiträgen für alle beitragspflichtigen Grundstücke nach Eintritt der sachlichen Beitragspflicht auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes M-V und der Ausbaubeitragssatzung der Landeshauptstadt Schwerin

3.2 Ergänzungssatzung Rogahner Straße:

a)

Gemäß gutachterlichen Erwägungen könnte durch eine abweichende Festsetzung der Anteilssätze eine spezielle Vorteilslage der Grundstücke möglicherweise besser erfasst werden. Allerdings wird in dem Gutachten auch nachvollziehbar ausgeführt, dass eine einseitig anbaubare Straße den anliegenden Grundstücken keinen geringeren Vorteil als

eine beidseitig anbaubare Straße vermittelt – die Grundstücke können vom Straßenraum her ebenso gut erreicht werden, das Maß der Benutzung der Straße verringert sich nicht deshalb, weil die Straße nur einseitig anbaubar ist.

Eine Abweichung von der Bemessung der Vorteilssätze erscheint daher willkürlich und hätte die Rechtswidrigkeit der Beitragserhebung zur Folge.

Ergänzend ist anzumerken dass sich der kommunale Anteil für die Teileinrichtung der Fahrbahn der Rogahner Straße, die zu den Hauptverkehrsstraßen zählt, bereits auf 80% beläuft.

b)

Als weitere Möglichkeit wird die Einbeziehung eines fiktiven Beitrages für das Bahngrundstück erwogen, der dann bei der Stadt verbliebe. Aus dem in der Anlage 1 beigefügten Lageplan ist ersichtlich, dass sich die Grundstücke der Deutschen Bahn über die Flächen des Schienengeländes erstrecken und mit den übrigen Grundstückssituationen nicht vergleichbar sind. Zudem ist ein fiktiver Beitrag nach den Kriterien der Ausbaubeitragssatzung nicht ermittelbar, weil die betreffenden Grundstücke ausschließlich als Verkehrsweg genutzt werden und hierfür keine Vorteilsmaßstäbe vorgesehen sind. Diese Variante erscheint daher ebenfalls willkürlich und würde somit gleichermaßen gegen Grundsätze der Abgabenerhebung verstoßen.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Die zu erwartenden Ablösebeträge werden zur Finanzierung der Baumaßnahme eingesetzt und sind in dem mit dieser Vorlage reduzierten Umfang im Nachtragshaushalt 2018 in der Investitionsmaßnahme „Grundhafter Ausbau Rogahner Straße“ (5410112004) verarbeitet.

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

entfällt

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

entfällt

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

entfällt

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes

(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

Durch die einzahlungsseitig zu erwartenden Ablösebeträge verbessert sich die Liquidität in den Haushaltsjahren 2018 ff. Gleichzeitig mindern sie den Betrag, der mittels Investitionskrediten für die Maßnahme „Rogahner Straße“ (Maßnahme-Nr. 5410112004) zu finanzieren ist.

In Höhe der erwarteten Ablösebeträge ist ein entsprechender Sonderposten zu bilden, der dem Vermögensgegenstand „Rogahner Straße“ zugeordnet wird. Dieser Sonderposten ist über die Nutzungsdauer entsprechend aufzulösen und führt somit zu jährlichen Erträgen, die dem jährlich anfallenden Aufwand durch Abschreibung aus Abnutzung gegenüberstehen.

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

Anlagen:

Anlage 1 Lageplan

Anlage 2 Ergänzungssatzung Rogahner Straße

Anlage 3 Muster Ablösevereinbarung

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister